

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 8538. ...  
Redaktionschluss Montags  
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-  
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 16

Cöln, den 1. August 1914.

II. Jahrgang.

## Solidarität.

Alle für einen, einer für alle — wer kennt ihn nicht und hat ihn nicht, schon hunderte Male gehört, den Spruch, mit dem die ersten Vertreter des Vereinigungsgedankens genau so in die Verwirklichung ihrer Pläne eingetreten sind, wie wir es heute in der Arbeiterbewegung noch tun? In ihm sucht sich der Gedanke, der unser modernes Vereinswesen beherrscht, ebenso kurz und prägnant auszudrücken, wie im allgemeinen zutreffend. Denn immer zutreffend, kann man nicht sagen, weil sich im Laufe der Zeit auch schon Bestrebungen geltend gemacht haben, wo der eine nicht für alle eintrat, obwohl er von allen verlangte, daß sie für ihn eintraten.

Durchweg drückt sich in der Losung „Einer für alle“ wohl der heutige soziale Gedanke aus. Ganz im Gegensatz zu einer früheren Zeit, die den einzelnen sich selbst überlassen wissen wollte und es sich verbat, daß die anderen seine Kreise störten oder sich überhaupt nur um ihn kümmerten, steht unsere heutige Zeit in ihren besten Vertretern auf dem Standpunkte, daß der eine bei seinem Tun und Lassen nicht nur sich allein, sondern immer auch die Allgemeinheit im Auge zu behalten habe. Wir verlangen von dem heutigen Menschen diese mehr soziale Auffassung, weil wir zu der Erkenntnis gekommen sind, daß der einzelne durch sich allein nichts ist, sondern erst im Zusammenleben und -Wirken mit den anderen seinen höheren Wert erhält und zu offenbaren hat.

In einer mehr besonderen Weise drückt sich sodann in dem Spruch der Gedanke aus, der der heutigen Arbeiter- und Angestelltenbewegung zugrunde liegt. Es hat sich mit Gewalt die Erkenntnis aufgedrängt, daß der neue Stand nur hoch kommen kann, wenn seine Angehörigen bereit sind, immer und überall sich als solche zu fühlen und entsprechend zu handeln. Die heutige Arbeiterbewegung ist Trägerin ganz bestimmter Ideen und Auffassungen, die tief eingreifen in die Gestaltung des ganzen sozialen Lebens. Da ist es denn ganz selbstverständlich, daß sich von allen Seiten Widerstände aufdrängen, die die neue Ordnung der Dinge zu verhindern trachten. Mit welcher Energie wehren sich heute Stadt- und Straßenbahnverwaltungen nicht gegen jede Erweiterung der Rechte ihrer Angestellten und Arbeiter. Um jeden noch so geringen Fortschritt muß entschieden gekämpft werden. Die Ueberführung der neuen sozialen Gedanken in die Praxis, ins wirtschaftliche Leben, wird indessen nur bei der größtmöglichen Anteilnahme der Angestellten und Arbeiter an der Verbreitung der neuen Gedankenwelt möglich sein. Das soll der einzelne immer

im Auge behalten. Er soll sich immer bewußt sein, nicht für sich allein verantwortlich zu sein, sondern auch für seinen Stand. Nur dieses höhere Standesbewußtsein kann die Arbeiterbewegung lebendig und begeisternd für ihre Anhänger erhalten.

Einer für alle, das hat aber für uns noch eine ganz besondere Bedeutung. Wer ist der eine, der für uns alle eintritt, wenn nicht der Verband, dem wir deshalb unsere Kräfte gewidmet haben? Die moderne Zeit hat es mit sich gebracht, daß die Bedeutung des einzelnen im Wirtschaftsleben immer geringer geworden ist. Namentlich in der Industrie und nicht minder in den großen städtischen Betrieben und Verkehrsinstituten liegt die Sache so, daß alle persönlichen Verhältnisse und Beziehungen im engern Sinne zu dem Betrieb fast abhanden gekommen sind. Das ist eine trostlose Perspektive, die an sich wohl geeignet ist, in dem Arbeiter ein großes Schwächegefühl und eine Vereinsamung hochkommen zu lassen. Da nun tritt einer für sie alle, für die Bedürfnisse aller ein. Er nimmt sich ihrer Nöte an und sucht Verbindungen und Beziehungen durch die Gesamtheit der Kollegen wieder herzustellen, die für den einen verloren gegangen sind. Dadurch wächst das Selbstgefühl des Einzelnen erst wieder empor. Er bekommt wieder Interesse an seiner Umgebung, an seinem eigenen Streben und an dem seiner Umwelt. Einer hat sich seiner wie aller seiner Kollegen angenommen. In diesem Gedanken oder vielmehr dieser Tatsache liegt das stärkste Moment für die kulturelle Bedeutung der heutigen Arbeiterorganisation. Indem sie sich aller annimmt, gibt sie auch dem einzelnen Persönlichkeitswerte wieder und erhebt ihn über sich selbst hinaus. Darum bleibe die Losung für uns: Alle für den einen, den Verband, weil er der eine ist, der sich unser aller annimmt!

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

II.

### Mitgliederverhältnisse.

Das Berichtsjahr war für die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften in vieler Hinsicht recht ungünstig. Das ergibt sich sowohl aus den bisher vorliegenden Berichten freier Gewerkschaftsverbände, die teilweise von ganz außerordentlichen Hemmungen ihrer Entwicklung während des verfloßenen Jahres sprechen, wie aus den Angaben unserer größeren und einiger kleineren Verbände. Die christlichen Gewerkschaften übernahmen schon vom Vorjahre her keine besonders leichte Erbschaft, da die Aufwärtsentwicklung gegen das Ende des Vorjahres hin immer langsamer und

zögernder vor sich gegangen war. Im Berichtsjahre selbst hielt nicht nur diese Tendenz an, sondern sie schlug allmählich hier und da in einen Rückgang um, der erst im laufenden Jahre zum Stillstand gebracht werden konnte. Seitdem ist es gelungen, die Bewegung wiederum auf eine aufsteigende Linie zu bringen. Darin liegt der beste Beweis dafür, daß die Störung in der Entwicklung nur eine vorübergehende war, daß die Gewerkschaftsbewegung heute stark genug ist, um auch aus der ungünstigsten Verschiebung der Verhältnisse keinen bleibenden Schaden zu nehmen, und daß insbesondere der künstlich forcierte Jubel der Gelben und ihrer Brotherrn über die Schwächung der „Kampfgewerkschaften“ in den Tatsachen nicht begründet ist. Nicht der Rückgang ist das Charakteristische an der Entwicklung des Berichtsjahres, sondern die geringe Ausdehnung dieses Rückganges. Denn was besagt der Verlust von einigen tausend Mitgliedern, der zudem im laufenden Jahre längst wieder mehr als wettgemacht ist, in einer Zeit der Krise mancher Berufsgruppen, wobei teilweise einschneidende Neuerungen in den betr. Gewerkschaften vorgenommen oder wirksam wurden — in einer Zeit sodann, wo in der Öffentlichkeit die Sozialreform allgemein und die Organisationsstätigkeit der Arbeiter insbesondere Tag für Tag gegen die wütendsten Angriffe verteidigt werden muß!

Die christlichen Gewerkschaften zählten im Durchschnitt des Jahres 1913 insgesamt 342 785 Mitglieder gegen 344 687 im Durchschnitt des vorausgegangenen Jahres. Der Rückgang beträgt somit 1902 Mitglieder oder gut 1/2 Prozent. Am Schlusse des Jahres 1913 wurden 341 735 Mitglieder gezählt anstatt der 350 930, welche das Jahr 1912 an seinem Schlusse aufgemessen hatte. Das entspricht einem Minus von 9195 = 2,6%.

Es fällt sofort auf, daß die absolut stärksten Rückgänge einzelne der größten Verbände betroffen haben. Von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt gerechnet, gestaltete sich die Entwicklung der einzelnen Verbände wie folgt: Es gewannen die deutschen Eisenbahner 2638 Mitglieder, die bayerischen Eisenbahner 1205, die Keram- und Steinarbeiter 1023, die Gasthausangestellten 739, der graphische Zentralverband 551, die Holzarbeiter 461, die Lederarbeiter 413, die Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter 401, die Schneider 329, die württembergischen Eisenbahner 226, die Heimarbeiterinnen 197, die Krankenpfleger 178, der Gutenberg-Bund 150, die Gärtner 120; dagegen verloren die Bergarbeiter 10336 Mitglieder, die Textilarbeiter 1131, die Metallarbeiter 912, die Tabakarbeiter 674, die Telegraphenarbeiter 424, die Bau-

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Tabelle I

Organisationen	Zahl der Ortsgruppen im Dezember 1913	Mitgliedenzahl im Jahresdurchschnitt		Mitgliederzahl		Mbr bzw. weniger gegenüb. dem Vorjahre		Mitgliederzahl im Jahr 1913	Kassenverhältnisse				Davon in den Hauptkassen m.	
		1912	1913	1912	1913	männlich	weiblich		Besamteinnahme	Besamtausgabe	Kassenbestand a. 31. Dez. 1913	m.		
Bergarbeiter	773	76 988	66 652	—	—	10 336	—	63 129	50	10, 15, 20, 30, 100 <sup>3)</sup>	1 100 460	1 011 383	2 505 446	2 485 164
Bauarbeiter	1 086	43 691	43 529	—	—	162	—	42 441	50	50—95 <sup>2)</sup>	1 099 013	787 584	1 512 051	1 321 856
Metallarbeiter	3	42 644	41 732	757	769	924	+	41 013	10, 30, 50 <sup>1)</sup>	25, 35, 50, 70, 100	1 808 187	1 086 309	1 649 968	1 550 128
Textilarbeiter	304	39 903	38 772	12 811	12 301	621	—	37 104	30	10—70 <sup>2)</sup>	740 462	794 124	702 376	606 976
Bayerische Eisenbahner	89	26 785	27 990	—	—	1 205	—	28 657	20	80 <sup>3)</sup>	377 988	207 024	1 187 645	1 187 645
Deutsche Eisenbahner	419	20 941	23 579	—	—	2 638	—	27 323	20	10—50 <sup>2)</sup>	125 123	108 203	42 185	42 185
Holzarbeiter	308	17 280	17 741	233	226	468	—	17 669	25, 50	25, 50 <sup>1)</sup>	634 491	550 370	844 582	680 782
Textil-, Verfehrs- und Hilfsarbeiter	285	17 856	10 963 <sup>5)</sup>	160	208	6 919	+	11 220	30, 50	10—70 <sup>2)</sup>	256 684	242 896	67 971	51 120
Keram- und Steinarbeiter	181	7 411	8 434	8 188	8 385	975	+	8 539	25, 50	10, 25, 35—100 <sup>3)</sup>	171 048	138 465	97 585	85 826
Heimarbeiterinnen	79	8 188	8 385	—	—	—	—	8 379	50	10—40 <sup>2)</sup>	43 430	39 516	49 026	42 542
Tabakarbeiter	130	7 388	6 714	2 746	2 746	332	—	6 444	50	20, 25—65 <sup>2)</sup>	125 252	121 514	24 520	19 666
Lederarbeiter	132	5 756	6 169	541	522	432	—	6 091	25, 50	30, 45, 55, 65	149 067	164 287	74 982	67 229
Schneider	137	4 742	5 071	399	446	282	—	4 742	25, 50	20, 25, 40, 50	103 220	85 644	50 826	37 232
Gemeindearbeiter und Straßenbahner	14	—	4 261	26	26	4 235	+	4 513	30, 50	25—65 <sup>2)</sup>	93 771	69 254	33 650	26 517
Württembergische Eisenbahner	15	83	8 886	26	26	226	—	4 099	20	80 <sup>3)</sup>	19 296	17 051	8 992	8 992
Maler	124	4 514	4 359	—	—	156	—	4 065	100	25, 60 <sup>2)</sup>	150 753	171 636	39 786	36 384
Flach- und Genussmittelindustriearb.	17	2 968	3 369	414	414	212	—	3 926	30, 50	10—80 <sup>2)</sup>	80 416	68 863	19 051	13 081
Gasthausangestellte	55	2 773	3 512	10	10	772	—	3 637	100 <sup>7)</sup>	60 <sup>1)</sup>	285 227	145 942	7 200	4 414
Keram- und Steinarbeiter	19	3 239	3 177	—	—	3 162	—	3 576	30	15, 25, 35, 45, 55, 120 <sup>4)</sup>	55 612	51 198	605 335	685 835
Gutenberg-Bund	20	3 302	2 878	—	—	150	—	3 440	200	30	285 227	145 942	7 200	4 414
Graphischen Zentralverband	21	1 993	2 544	360	423	424	—	2 990	100	30	53 131	44 596	12 049	12 049
Textilindustriearbeiter	57	1 993	2 544	—	—	488	—	2 737	30, 50	10, 25, 40, 50, 65, 95	69 580	61 155	45 677	37 971
Militär-Handwerker und -Arbeiter	63	—	2 716	—	—	2 716	—	2 716	30, 50	10—45 <sup>2)</sup>	26 058	23 562	4 441	2 491
Krankenpfleger	84	1 620	1 798	542	445	275	—	1 991	100, 500	100 <sup>8)</sup>	26 168	20 654	7 039	5 514
Gärtner	24	819	819	—	—	120	—	1 032	25, 50	10, 25, 35, 45, 55 <sup>4)</sup>	17 539	16 118	8 006	6 171
		4 915	344 687	28 008	27 623	1 517	—	341 735			7 177 764	6 102 688	9 682 796	8 960 002

1) Die niedrigsten Sätze sind Beiträge der Jugendlichen. 2) Gesamtertrag. 3) Quartalsbeitrag. Dazu bei den besprochenen Gewerkschaften Beiträge zur Unterfertigungskasse von 80 Pf. bis 5 Mark monatlich. 4) Ohne Beitragskürze. 5) Nach erfolgter Abtrennung der als selbständige Verbände figurierenden Gemeindefreier und Straßenbahner, sowie der Militärhandwerker und -Arbeiter und der an den Forst-, Land- und Weinbergarbeiterverbänden übergegangenen Forst- und Weinbergarbeiter. 6) 4 Wintermonate 25, 8 Sommermonate 60. 7. 8. 1. 6. 1913. 8) Monatsbeitrag.

arbeiter 162 und die Maler 155. Besonders zu erwähnen sind die bisher nicht aufgeführten Verbände. Im Berichtsjahre mußte sich die Bedeutung der im vorausgegangenen Jahre beschlossenen Auftrennung des früheren Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter in mehrere Einzelverbände der hauptsächlichsten, den ehemaligen Verband bildenden Arbeitergruppen erweisen. Statt des einen Verbandes rechnet die Statistik nunmehr mit folgenden Verbänden: Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, Gemeindearbeiter und Straßenbahner, Militärhandwerker und -Arbeiter, und dann ferner mit dem Forst-, Land- und Weinbergsgewerkschaftenverband, der von dem ehemaligen Verband die Forst- und Weinbergsgewerkschaft übernahm und mit diesem Stamm sich auf breiterer Grundlage neu konstituierte. Der ehemalige Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter hatte im Durchschnitt des Jahres 1912 17856 Mitglieder gezählt. Demgegenüber standen im Durchschnitt des Jahres 1913 die Verbände der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter mit 10963, der Gemeindearbeiter und Straßenbahner mit 4261, der Forst-, Land- und Weinbergsgewerkschaft mit 3177 und der Militärhandwerker und -Arbeiter mit 2716 Mitgliedern. Diese Gesamtzahl von 21117 Mitgliedern bedeutet somit eine Zunahme um 3261 im Vergleich zu der Mitgliederzahl des ehemaligen Sammelverbandes, sodaß die Zerlegung des Verbandes, schon nach dem Ergebnis des ersten Jahres der Tätigkeit der getrennt arbeitenden Verbände zu urteilen, sich durchaus bewährt hat.

Sieht man von diesen besonderen Verhältnissen ab, so ergibt sich, daß die Entwicklung im Berichtsjahre ihre abnehmende Tendenz in der Hauptsache durch den Rückgang einiger großen Verbände erhält. Soweit sich an den bisher bekannt gegebenen Einzelzahlen sozialistischer Gewerkschaften feststellen läßt, liegt dort die Sache ähnlich und zwar, wenn man vom Bergbau absieht, infolge der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Rückschläge die freien und die christlichen Gewerkschaften der betr. Gewerbe etwa gleichmäßig betroffen haben. In einzelnen Fällen allerdings, so im Metall- und Holzgewerbe, sind die sozialistischen Gewerkschaften weit schlechter weggekommen, als die christlichen. Was den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter anbelangt, so hat dieser im Berichtsjahre eine Radikalkur durchgemacht, die für die Gestaltung seiner Verhältnisse eine plausible Erklärung gibt. Trotz der überaus schwierigen Situation, in der sich der Gewerkschaften nach dem Streik im Jahre 1912 befand, hat er keinen Augenblick gezaubert, zu seinem Teil rücksichtslos die Konsequenzen aus den bei jenem Streik gemachten Erfahrungen zu ziehen. Eine der wichtigsten Lehren der Bewegung im Bergbau vom Jahre 1912 war, daß Bewegungen in dieser Industrie erst dann mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können, wenn, außer in der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder und der Sympathie der öffentlichen Meinung, die Arbeiter einen starken Rückhalt in einer kräftigen

**Tabelle II** **Umsatzen und Ausgaben der einzelnen Verbände.**

Organisation	Einnahmen			Ausgaben										Sonstige Einnahmen	Sonstige Ausgaben	
	Stiftungen	Beiträge	Erträge	Stiftungen	Streit- u. Verordnungs- u. unter- stützung	Stellen- u. Verordnungs- u. unter- stützung	Stamm- geb.	Steuere- geb.	Spezial- geb.	Constitu- tionen	Spezial- geb.	Stiftungen	Spezial- geb.			Stiftungen
Bergarbeiter	4 447	964 314	131 699	109 043	164 191	29 835	844	165 688	66 403	75 854	31 106	32 632	26 256	149 621	159 810	
Bauarbeiter	9 321	1 012 311	77 381	73 504	128 291	99 989	—	68 446	14 772	7 138	22 293	18 903	15 295	306 387	31 515	
Metallearbeiter	6 132	1 210 092	81 490	80 941	155 276	252 766	73 338	190 267	12 520	5 850	25 714	18 988	11 733	322 070	21 386	
Textilarbeiter	1 902	705 400	32 572	30 941	155 276	232 688	51 662	87 096	77 525	4 020	16 495	28 402	9 928	114 631	8 925	
Bayerische Eisenbahner	2 295	301 926	73 767	45 883	11 005	—	—	19 707	77 525	6 420	7 950	6 750	2 000	18 820	3 224	
Deutsche Eisenbahner	—	110 387	1 786	29 647	21 970	—	—	19 707	77 525	4 789	5 622	15 587	2 825	11 089	6 046	
Holzarbeiter	2 767	560 910	77 286	28 169	56 924	103 864	84 355	98 724	5 027	6 779	8 645	67 736	5 190	—	75 998	
Fabrik-, Verkehrs- u. Hilfsarbeiter	2 478	243 940	10 271	21 287	18 649	26 271	5 876	30 053	2 215	13 172	7 537	13 069	2 155	88 859	11 977	
Keram- und Steinarbeiter	1 523	161 325	3 516	10 767	26 843	27 004	5 074	19 962	2 257	1 821	4 270	16 506	3 108	16 269	3 289	
Heimarbeiterinnen	1 523	39 424	2 488	3 325	1 546	4 513	131	8 106	70	—	2 762	4 899	1 857	10 167	1 099	
Labdarbeiter	656	120 323	4 261	12 403	14 848	8 101	16 166	15 761	1 625	707	4 775	4 718	831	11 926	26 407	
Lebendarbeiter	1 066	140 432	7 599	5 587	19 367	56 811	10 417	17 955	884	739	4 975	5 881	1 800	29 302	7 882	
Schneider	1 063	96 940	358	9 147	14 924	11 257	3 701	6 416	610	77	3 350	4 865	1 400	22 447	6 482	
Gemeindearbeiter u. Straßenbahner	841	88 955	5 975	5 862	8 729	2 881	705	12 699	2 038	553	3 857	8 147	1 271	15 644	3 171	
Württembergische Eisenbahner	36	11 291	7 969	4 918	5 024	—	—	1 381	—	389	900	3 281	505	—	203	
Maler	1 460	87 968	47 716	7 637	9 508	108 857	1 339	7 714	675	421	3 996	3 772	1 054	25 643	3 993	
Tabak- u. Genussmittelindustriearb.	910	61 588	1 265	5 218	12 328	20 783	2 042	4 638	333	539	4 860	4 584	780	8 266	2 869	
Gasthausangestellte	1 437	58 602	714	11 786	10 700	1 046	9 565	3 551	1 123	619	5 712	11 417	—	11 752	16 620	
Forst-, Land- und Weinbergsgewerb.	456	152 437	132 790	17 857	10 523	694	21 745	26 047	3 500	1 505	11 729	8 740	3 273	4 962	6 346	
Lehrerbund	681	42 434	10 036	4 163	5 500	—	—	14 459	1 150	—	764	4 287	—	8 592	12 767	
Telegraphenarbeiter	600	58 301	9 279	4 798	2 529	8 097	7 275	8 880	460	737	3 922	4 919	801	4 630	8 736	
Graphischer Zentralverband	—	20 158	5 895	4 674	3 726	—	—	3 036	563	385	1 495	4 038	165	2 913	2 336	
Militär-Handwerker und -Arbeiter	1 703	19 223	5 100	4 759	2 110	—	76	1 467	48	52	3 098	3 076	653	2 989	2 102	
Stantenspieler	390	14 190	2 989	2 835	2 671	175	1 009	1 467	—	107	2 382	1 950	240	2 049	2 416	
Gärtner	43 834	6 808 245	35 206	571 236	775 638	989 631	285 755	1 816 682	206 413	131 707	191 959	804 040	42 322	95 693	1 192 429	430 733

1) Bei Agitation und sachlichen Bemannungsausgaben einbezogen. 2) In der Summe der Beiträge mit enthalten. 3) Steuerbetrag einbezogen.

finanziellen Position haben. Infolgedessen beschloß die auf den Streit folgende erste regelmäßige Generalversammlung des Gewerkevereins eine durchgreifende Beitragserhöhung. Betrug die Beiträge 1912 noch 10, 15, 20 und 40 Pfg., so werden jetzt, neben den Beiträgen der Jugendlichen etc. von 10, 15 und 20 Pfg., Staffelleistungen von 30 Pfg. bis zu einer Mark erhoben, die den meisten Mitgliedern 60 und 70 Pfg. Wochenbeitrag auferlegen. Eine solche Menderung, die in ihren Ansprüchen an die Opferwilligkeit der Mitglieder geradezu einer Umwälzung gleichkommt, konnte gar nicht spurlos vorbeigehen und es war von weitesttragender Bedeutung, daß der Verband nicht erst die völlige Beruhigung der Mitglieder nach den Stürmen von 1912 abwartete, sondern die erstbeste Gelegenheit zur Durchführung der als notwendig erkannten Reform beim Schopfe faßte. Zeigt sich, wie es nach der wieder günstiger gewordenen Entwicklung des Gewerkevereins im laufenden Jahre den Anschein hat, die christliche Bergarbeiterschaft den an sie gestellten Anforderungen gewachsen, dann ist das eine wirkungsvolle Befundung des ernststen Willens, die Arbeiterorganisation im Bergbau auf jene Stufe zu bringen, von der aus allein mit den allen ethischen und Gefühlserwägungen unzugänglichen Bergbauherren in einer auch ihnen verständlichen Sprache geredet werden kann.

Daß im allgemeinen Beitragserhöhungen in ihrer störenden Wirkung für die Organisationsentwicklung nach einiger Zeit wieder überwunden werden, beweist zunächst die Gestaltung der Dinge in einzelnen Teilen der christlichen Bergarbeiterorganisation selbst. In deren Jahresbericht wird darauf hingewiesen, daß nach einmal vorliegender Beschlusfassung über die Beitragserhöhung die Agitation in einer ganzen Anzahl von Bezirken einen neuen Aufschwung genommen habe; der Ausfall beschränkte sich auf ganz bestimmte Gebiete. Charakteristisch aber ist die Mitgliederbewegung bei den deutschen Eisenbahnern, denen die Beitragserhöhung im Vorjahre einen kleinen Rückgang gebracht hatte, der aber im Berichtsjahr weit mehr als wett gemacht werden konnte. Gewissermaßen ein Gegenstück bietet das Textilgewerbe. Die textilindustrielle Krise hat sowohl im freien wie im christlichen Lager die Mitgliederbewegung ungünstig beeinflusst. Aber nicht nur diese Tatsache an sich wirkte in diesem Sinne, sondern im christlichen Textilarbeiterverband zugleich auch die dadurch notwendig gewordene Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung. Für ihn kam ferner dazu die skrupellose Verhöhnung der Arbeiter durch den sozialistischen Verband, unterstützt durch die lebhaft nachdrängende sozialdemokratische Parteipresse, bei Gelegenheit der Krefelder Färberbewegung; dann der Verdächtigungszug, den die Broschüre des ehemaligen Verbandsbeamten Köhling gegen den Verbandsvorsitzenden inszenierte und den der freie Verband in seiner bedrängten Lage gierig aufgriff, wiederum unter tatkräftigstem Beistand der sozialdemokratischen Parteipresse.

War die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe im allgemeinen außerordentlich groß, so erreichte sie im Holzgewerbe einen in letzter Zeit kaum je gekannten Grad. Der christliche Holzarbeiterverband hatte im Dezember auf je 100 Mitglieder 8,1 Arbeitslose, der sozialistische Verband gar 11,01. Während aber letzterer verschiedene tausend Mitglieder im Berichtsjahr verlor, konnte der christliche Holzarbeiterverband trotz allem einen Zuwachs von einigen hundert Mitgliedern verzeichnen. Von der Arbeitslosigkeit außerordentlich bedrückt wurde auch der Malerverband, der außerdem die Folgen des großen, von den Arbeitgebern verpfuschten Tarifkampfes zu tragen hatte, was ihm, ebenso wie dem betr. sozialistischen Verbands, einen verhältnismäßig empfindlichen Mitgliederverlust eintrug. Dann aber verur-

sachte die Politik der Arbeitgeber bei dem großen Tarifkampfe, daß nicht weniger als 141 Mitglieder allein des christlichen Verbandes selbständig wurden. Wie so oft, so lief also auch hier die „Mittelstandspolitik“ der Arbeitgeber darauf hinaus, daß sie sich selbst eine neue unbequeme Konkurrenz auf den Hals luden. Die handwerksmäßigen Berufe mit verhältnismäßig vielen jüngeren Mitgliedern haben sodann die im Berichtsjahre durchgeführte Wehrvorlage sehr stark zu spüren bekommen. Viele Verbände mußten sehr viel mehr Neueintretende an das Militär abgeben, als sie aus den Kreisen der Reservisten Zuzug erhielten; manche Zahlstellen verloren im letzten Quartal 1913 dadurch vorübergehend 10 Prozent ihrer Mitglieder.

Unter Konjunkturverschiebungen hatte schließlich ganz besonders der Tabakarbeiterverband zu leiden. Anstatt der früheren billigen Zigarrensorten kommt immer mehr der Konsum von Zigaretten in Schwung. Der Druck auf die Arbeitslöhne hat ein ständig stärkeres Uebergehen zur Verwendung weiblicher Arbeitskräfte zur Folge, während die Arbeiter sich vielfach anderen Berufen zuwenden. Die Werbearbeit des Verbands wird dadurch immer mehr erschwert und zwar auch unter den Arbeiterinnen, die leichter dem Lohndruck ausgesetzt sind und sich schwerer zur organisierten Gegengewehr aufraffen.

Der Entwicklung im Tabakgewerbe und jener in der Textilindustrie ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß die Löhne, die im Vorjahre um 856 gestiegen war, im Berichtsjahre um 385 zurückging.

#### Rassenverhältnisse.

Läßt die Mitgliederbewegung unbefriedigt, obgleich sie durchaus erklärlich ist, so bietet hingegen die Entwicklung der Rassenverhältnisse ein umso erfreulicheres Bild. Als die Wirtschaftskonjunktur vor der letzten, noch andauernden Konjunkturperiode im Jahre 1918 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, waren die christlichen Gewerkschaften die einzige von den drei Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung, die, neben dem allgemeinen Mitgliederverlust, nicht auch noch an Einnahmen eingebüßt hatte. Die christlichen Gewerkschaften konnten vielmehr damals eine stattliche Stärkung ihrer Finanzkraft buchen. Auch diesmal wieder hat ihnen die Wirtschaftskrise zwar Mitglieder entzogen, aber finanziell stehen sie im Berichtsjahre, im Vergleich zum Vorjahre, erheblich gestärkt da. Sie vereinnahmten insgesamt 7 177 764 Mk. gegen 6 608 350 Mk. in 1912, somit 569 414 Mk. mehr. Allerdings sind die Ausgaben unter der Einwirkung der Depression noch erheblich gewachsen, nämlich von 5 222 727 Mk. in 1912 auf 6 102 688 Mk. in 1913, d. h. um 879 961 Mk. Dennoch schnellte die Summe der Vermögensbestände wieder um mehr als eine Million in die Höhe, indem sie von 8 575 658 Mk. (1912) auf 9 682 796 Mk. im Berichtsjahre, d. h. um 1 107 138 Mk., anwuchs.

In bezug auf das Beitragswesen sei auf die betr. Rubrik der Tabelle 1 noch besonders hingewiesen, da sie, namentlich durch die oben mehrfach erwähnte Menderung in der Beitragsleistung der Bergarbeiter, eine noch gesteigerte Mannigfaltigkeit, gemessen am Vorjahre, aufweist. In den Anmerkungen ist ausdrücklich mehrerer Verbände gedacht, die nur einen allgemeinen Einheitsbeitrag erheben, die Differenzierung nach den örtlichen Verhältnissen über den Einheitsbeitrag hinaus aber den Ortsgruppen überlassen. So betrug beispielsweise der Durchschnittsbeitrag der männlichen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, von denen der Verband einheitlich 50 Pfg. fordert, 70,54 Pfg. In anderen Verbänden liegt die Sache ähnlich.

## Der deutsche Städtetag und die gemischt-wirtschaftlichen Betriebe.

Seit Jahren schon bemüht sich das Privatkapital darum, Einfluß auf bestimmte städtische Betriebe, besonders auf die Elektrizitäts-, Gaswerke und Straßenbahnen zu gewinnen. Wir haben bereits früher diese Bestrebungen eingehend besprochen. Dieselben ziehen immer weitere Kreise und es ist daher zu verstehen, wenn auch der 4. deutsche Städtetag, der vom 15. bis 17. Juni in Köln stattfand, sich mit dieser Frage beschäftigte. Da zeigt es sich, daß diese neue Betriebsform in den Kreisen der städtischen Verwaltungen bereits viele Anhänger hat. Allerdings wird ihr von mancher Seite auch heftiger Widerstand entgegengesetzt, wie sich im Laufe der Verhandlungen herausstellte.

Die Referenten, Bürgermeister Dr. Leoni-Strasbourg und Oberbürgermeister Dr. Körte-Königsberg priesen die Ueberlegenheit des gemischten Betriebes, namentlich bezgl. des Elektrizitätswesens in allen Tonarten. Dr. Leoni führte nach der „Köln. Volksztg.“ dazu folgendes aus:

„Wahnbrechend sei auf diesem Gebiete das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk vorgegangen. Zu einer Vereinigung zwischen den öffentlichen Verbänden und dem Privatkapital sei es zum ersten Male im Jahre 1908 bei Gründung des Verbandswerks Krudel gekommen.

Gleichzeitig etwa habe die Stadt Strasbourg nach langwierigen Verhandlungen auf Grund eingehender Prüfung von der Kommunalisierung des dortigen Elektrizitätswerkes Abstand genommen und sich mit der Beteiligung an dem Privatunternehmen begnügt, wobei es ihr nach schwierigen Auseinandersetzungen gelungen sei, sich nicht nur weitgehende Vertragsrechte, sondern auch die Majorität des Aktienkapitals zu sichern.

Diese Vorgänge hätten vielerorts Nachahmungen gefunden, so daß heute schon 71 Städte mit einem verantwortlichen Kapital von 190 Millionen an insgesamt 97 Unternehmungen dieser Art beteiligt seien.

Bei derartigen Beteiligungen gingen die Städte von der Annahme aus, daß der Privatbetrieb in seinen Wirtschaftsergebnissen der öffentlichen Regie überlegen sei. Dieser Vorsprung sei aber nicht allgemein, sondern nur für Betriebe gegeben, für deren Leitung das Moment der Wirtschaftlichkeit eine besondere Rolle spiele, deren Produktion einen industriellen oder deren Verwaltung einen kaufmännischen Charakter tragen müsse. Dies letztere habe vor allem von der Verteilung der elektrischen Energie zu gelten, für die der Referent der Versammlung in einer besonderen Arbeit statistisches Vergleichsmaterial vorlegte. In der Hand dieses Materials kam Referent zu dem Schluß, daß für die Gebiete der Elektrizitätsversorgung allerdings der Privatbetrieb wirtschaftlich überlegen sei. Die billigere Produktion komme nicht in Form von Dividenden den Aktionären, sondern in niedrigeren Verkaufspreisen dem konsumierenden Publikum zugute. In nicht so ferner Zeit werde es für die kommende Bevölkerung Deutschlands einen Unterschied von jährlich 100 000 000 Mk. bedeuten, ob man dem Gesamtkonsum Deutschlands die Durchschnittstarife der öffentlichen oder privaten Elektrizitätswerke zugrunde lege.

Gegenüber der Möglichkeit eines derartigen Fortschritts dürfe es nicht Aufgabe der Städte sein, auf dem Fortbestand der Produktion innerhalb ihrer Mauern zu bestehen. Andererseits sei auch eine Rückkehr zum Privatbetrieb nicht zu billigen. Vielmehr sei es Aufgabe der Städte, die Werte, die der sozialen Durchdringung der Auffassungen über die kommunale Wirtschaftspflege zu verdanken hätten, mit den Vorteilen zu verschmelzen, die ihnen ein hochentwickelter Kapitalismus in seinen Wirtschaftsmethoden entgegenbringe.

Von derartigen Auffassungen seien allerdings nicht alle Städte ausgegangen. Daher sei bezüglich der sogenannten gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen vom kommunal-politischen Standpunkt aus zu unterscheiden, ob sie gegenüber der Tendenz der Vertikalisierung der Betriebe eine Rückbildung oder den Versuch einer Weiterbildung darstellen. Nur die letzteren Fälle, in denen die Städte jedenfalls über die Mehrheit des Kapitals der Gesellschaft verfügen müßten, und für die der Referent die Bezeichnung „öffentliche Unternehmungen in Privatrechtsform“ prägte, seien als berechtigt anzuerkennen.

Die Vorteile, die man sich von ihnen verspreche, könnten freilich auch durch eine Weiterbildung der Regiebetriebe erreicht werden. Eine derartige Entwicklung sei aber von heute auf morgen

nicht denkbar. Zudem sei sie aus Gründen der allgemeinen Verwaltung auch nicht unbedingt wünschenswert. Denn da die Gemeinden in erster Linie Kulturwerte, nicht Geldwerte zu schaffen hätten, so müßten sie sich hüten, allzusehr von kapitalistischen Anschauungen durchdringen zu lassen. Deshalb empfehle es sich, die Wirtschaftsbetriebe, die dieser Durchdringung nicht entzogen könnten, organisatorisch von der übrigen Verwaltung zu trennen. Die Beteiligung des Privatkapitals biete den Verwaltungen dabei den Vorteil eines intimen Zusammenarbeitens mit Persönlichkeiten von hervorragenden Spezialkenntnissen, Organisations-talent und Erfahrungen.

Aufgabe der Städte sei es allgemein, ihre wirtschaftlichen Unternehmungen auf gleicher Höhe zu halten wie die bestgeleiteten Privatunternehmungen. Ob dabei einer vervollkommenen Form des Regiebetriebes oder der Privatrechtsform das Feld gehöre, könne erst die Zukunft entscheiden. Vielleicht handele es sich überhaupt nicht um ein Entweder — Oder, sondern neben dem Regiebetrieb werde voraussichtlich auch die öffentliche Unternehmung in Privatrechtsform für die Betätigung der Gemeinden auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens ihre Bedeutung dauernd bewahren.

Der nachfolgende Redner, Herr Oberbürgermeister Dr. Körte-Königsberg pries, wie gesagt, ebenfalls die Ueberlegenheit des privaten Betriebes, bezw. des gemischt-wirtschaftlichen gegenüber dem Regiebetrieb, wofür er sich besonders auf die Verhältnisse in Königsberg stützte. Das Exempel sei dort mit der Straßenbahn statuiert worden. Seit 1911 habe man durch den so erzielten Gewinn eine Erhöhung der Einkommensteuer von 25 Prozent vermeiden können. (Ob das beim Regiebetriebe nicht ebenso gut möglich gewesen wäre? D. R.) In wirkungsvoller Rede wandte sich Oberbürgermeister Cuno-Hagen gegen die Ausführungen der beiden Referenten, insbesondere gegen die von ihnen vorgelegten Zeitsätze. Darin komme das Wort „Kommunalbetrieb“ überhaupt nicht mehr vor. Bedenklich sei ihm der große Einfluß der großen Privatbetriebe in den gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, wogegen doch die Regiebetriebe völlig unabhängig seien. Ebenso bedenklich sei der große Einfluß der großen Elektrizitätsfabriken gegenüber den kleineren. Die Städte aber könnten durch Unterstützung der letzteren den Monopolbestrebungen entgegenwirken. Schließlich komme auch die Arbeiter- und Handwerkerfrage noch in Betracht. Die Handwerker klagten mit Recht über die drückende Konkurrenz der großen Ueberlandzentralen und der elektrotechnischen Spezialgeschäfte.

Die vorgelegte Statistik über die Elektrizitätswerke beweise nichts, da sie unvergleichbare Werte miteinander vergliche. Die Stadt Strasbourg könne auch nicht zum Vergleich herangezogen werden, da sie zu wenig industriell sei.

Auch Stadtverordneter Heimann-Berlin, Oberbürgermeister Beutler-Dresden und Stadtrat Dr. Luther stimmten Herrn Cuno zu, wogegen die Oberbürgermeister Zieten-Berlin-Nichtenberg und Klafmann-Baderborn die beiden Referenten unterstützten. So wogte der Kampf um diese Frage hin und her.

Die Zeitsätze wurden dann in folgender Fassung angenommen:

„Solweit ein rein kommunaler Betrieb für wirtschaftliche Unternehmungen der Städte nicht angängig ist, wird an Stelle der früheren Konzessionsverträge eine Verbindung von Städten und Privatkapital für wirtschaftliche Unternehmungen für die deutschen Stadtverwaltungen bei solchen Betrieben in Frage kommen, deren Leitung vorwiegend nach kaufmännischen oder industriellen Gesichtspunkten zu erfolgen hat. Besonders geeignet ist sie bei Unternehmungen, die den Umkreis einer Einzelgemeinde überschreiten, und in allen Fällen, in denen der Gemeinde bei eigenem Betrieb Schwierigkeiten entstehen.

Auf jeden Fall erscheint es wünschenswert, daß die Kommunalverbände in den gemeinsamen Unternehmungen die Führung behalten. Notwendig ist dies in allen Fällen, in denen die gemeinsamen Unternehmungen ein rechtliches oder tatsächliches Monopol haben. Die nähere Ausgestaltung der rechtlichen Beziehungen zwischen Städten und Privatkapital hängt von der Lage des Einzelfalles ab.

Der deutsche Städtetag spricht sich aber dagegen aus, daß auf dem Wege der Reichs- oder Landesgesetzgebung bestimmte Rechtsformen- oder Normen für die Verbindung von Gemeinden und Privatkapital geschaffen werden."

Wir können nur nach wie vor wiederholen, daß wir Gegner des gemischten Systems sind, da wir für die Arbeiter große Nachteile daraus befürchten.

## Niedrige Viehpreise, hohe Fleischpreise.

Als im Jahre 1912 die Viehpreise eine außerordentliche Höhe erreichten, folgten ihnen die Fleischpreise im Kleinhandel auf dem Fuße. Inzwischen sind nun die Viehpreise ganz erheblich gesunken, aber nur sehr langsam und ungenügend folgten ihnen die Fleischpreise. Dieser Zustand bringt ohne Zweifel erhebliche Gefahren für die Ernährung des deutschen Volkes. Der preussische Landwirtschaftsminister hat bereits den nachgeordneten Behörden eine Verfügung zugehen lassen, worin sie aufgefordert wurden, auf die Landwirte einzuwirken, doch unter keinen Umständen eine Einschränkung der Viehhaltung vorzunehmen. Würde dieses dennoch geschehen, würde die Sicherstellung der Volksernährung in Frage gestellt und nur einem geringen Teile der Viehhalter die Möglichkeit gegeben, durch die dann einsetzende Teuerung sich für die vorherigen niedrigen Viehpreise schadlos zu halten. Eine Erklärung für diese Erscheinung gibt er zwar nicht, aber für den in die Verhältnisse Eingeweihten ist es nicht schwer, sie zu finden. Die vielen Instanzen, die sich heute zwischen Landwirt und Konsument einschleiben, würden ohne Zweifel den Löwenanteil an sich zu reißen verstehen. Diese Zwischenhändler sind es auch, die heute die hohen Fleischpreise verschulden. Unumwunden darf zugegeben werden, daß die Landwirte gegenwärtig keinen zu hohen Preis für ihr Vieh erhalten. Selbst wenn sie den Zwischenhandel, soweit es ihnen möglich ist, vollständig ausschalten, deckt der Verkaufspreis die Selbstkosten und läßt nur einen sehr bescheidenen Gewinn übrig. Der gegenwärtige Preisstand für Schweine von durchschnittlich 55 Mk. pro 50 kg Schlachtgewicht entspricht ungefähr dem Preis von 39 Mk. pro 50 kg lebend Gewicht. Selbst der eingefleischte Gegner der Argarier muß zugeben, daß hierbei ein großer Gewinn nicht mehr zu erzielen ist. Der Landwirtschaft ist aber nicht gedient durch Teuerungspreise, die es einem großen Teile des Volkes unmöglich machen würde, überhaupt Fleisch zu essen, sondern es muß ihr möglich gemacht werden, ihre Produktionskosten zu vermindern. Im gegenwärtigen Augenblicke ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Landwirtschaft einergisch von den Parlamenten und Regierungen fordern sollten, was der 2. deutsche Arbeiterkongreß im Dezember des vergangenen Jahres bereits als Forderung der christlichen Arbeiterschaft aufgestellt hat; Erleichterung der Zufuhr von ausländischen Futtermitteln (Gerste und Mais) durch Ermäßigung der Frachtsätze, eventuell Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Auch die übrigen verlangten Reformen, wie Krediterleichterung für die Landwirtschaft, Unterstützung einer modernen, technischen Betriebsführung, seitens Kreis, Provinz und Staat, durch Förderung des landwirtschaftlichen Schul- und Vortragswesens, und der Bestrebungen, den Zwischenhandel möglichst auszuschalten, würden sehr geeignet sein, trotz niedriger Viehpreise die Rentabilität der Viehzucht sicher zu stellen.

Dadurch wäre wohl für die Zukunft eine Besserung zu erwarten, nicht aber das Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreise beseitigt. Daß ein derartiges Mißverhältnis gegenwärtig besteht, dafür einige Beispiele als Beweise. Der Kölner Viehmarkt ist der bedeutendste Rheinlands, überhaupt Westdeutschlands. Die dort notierten Preise sind maß-

gebend auch für die übrigen Märkte. Der Preis für Schweine betrug, nach den amtlichen Aufzeichnungen, im Juni 1912 pro 50 kg Schlachtgewicht 73 bis 78 Mk., oder für die fünf ersten Sorten im Durchschnitt 76 Mk. Der Aufschlag zu diesen Preisen im Kleinhandel machte aus, für Speck 15 Pfg., für Keule 34 Pfg., für Bauchfleisch 25 Pfg. und für Schmalz 26,4 Pfg. pro Pfund. Im Mai 1914 dagegen wo der Preis pro 50 kg Schlachtgewicht 53 bis 56 Mk., im Durchschnitt 54,40 Mk., kosteten Speck 25,6 Pfg., Keule 35,6 Pfg., Bauchfleisch 26,6 Pfg., Schmalz 26,4 Pfg. pro Pfund im Kleinhandel mehr, wie der Metzger dafür gezahlt hatte.

Ähnlich gestaltete sich die Kurve der Rindfleischpreise. Der Preis für 50 kg Schlachtgewicht stellte sich im Juni 1912 im Durchschnitt auf 86,60 Mk. (Bei der Berechnung ist der Preis für die schlechteste Sorte Ochsen und Kühe außer Betracht geblieben.) Der Aufschlag im Detailhandeln stellte sich für Keule auf 9,4 Pfg., für Bug auf 7,4 Pfg. für Bauchfleisch auf 0 Pfg. pro Pfund. Im Mai 1914 dagegen, wo der Durchschnittspreis pro 50 kg Schlachtgewicht auf 79 Mk. stand, betrug der Aufschlag, für Keule 16 Pfg., Bug 6 Pfg., für Bauchfleisch 4 Pfg. Bei dieser Gegenüberstellung ist aber zu beachten, daß der Durchschnittspreis für 50 kg Schlachtgewicht zu hoch gegriffen ist, da doch in Wirklichkeit nicht in der Regel erste Qualität Vieh geschlachtet wird, sondern mittlere Sorten, dann des weiteren der Umstand, daß die schlechteste Sorte Vieh außer Berechnung geblieben ist, aber auch in nicht geringen Mengen verbraucht wird. Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Gegenüberstellung, wenn auch die Detailpreise für die besten Fleischstücke, die den Preis des Schlachtgewichts, z. T. bis zum 11fachen Betrag oder 1140 Proz. übersteigen, berücksichtigt. Da aber nur die mittleren und schlechten Fleischstücke von der großen Masse konsumiert werden, wollten wir nachweisen, daß auch die Detailpreise für diese Stücke, an den Viehpreisen gemessen, heute noch höher sind, wie im Teuerungsjahr 1912. So verdienen die Fleischhändler und Metzger heute am Speck noch 10,6 Pfg. pro Pfund mehr wie 1912. Dieser Berechnung sind die Aufzeichnungen des statistischen Amtes der Stadt Köln und zwar den Detailpreisen jene, die als die häufigsten bezeichnet sind, zu Grunde gelegt.

Als in dem Jahre 1912 und den vorhergehenden, wo die Metzger mit den Detailpreisen dem Steigen der Viehpreise sofort folgten, diese angegangen wurden, im Interesse der Volksernährung sich mit einem bescheidenen Gewinne zu begnügen, kam die Antwort, sobald die Viehpreise sinken, werden wir ihnen sofort folgen. Heute läßt sich nachweisen, daß dieses nicht in dem Maße geschehen, wie es möglich ist. Nicht nur bei den besten, sondern auch bei den schlechteren Stücken versuchen sie die Preise zu halten.

Soll hier eine Aenderung eintreten, und diese ist im Interesse der Ernährung weiter Volkskreise unbedingt notwendig, dann muß hier etwas geschehen. Ein gut Stück wären wir auf diesem Gebiete weiter, wenn überall die ebenfalls auf unserem Berliner Kongreß geforderten Lebensmittelämter errichtet worden wären, die die Zufuhr nach bestimmten Städten und Gebieten besser regelten, die Preisfurbe genau verfolgten und wenn notwendig, eine Aenderung mit der Autorität einer staatlichen Behörde fordern könnten. Auch die Stadtverwaltungen können hier regelnd eingreifen, allenfalls, wenn andere Mittel versagen, durch Errichtung von eigenen Schlächtereien und Fleischverteilungsstellen. Sofern sich wirklich hier und da das Metzgergewerbe in einer bedrängten Lage befinden sollte, wäre diesem durch Ermäßigung der Schlachthofgebühren, durch Begünstigung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zur Einschränkung des überflüssigen Zwischenhandels usw.,

entgegen zu kommen. Viel ist ja vorläufig auf diesem Gebiete von Staat und Gemeinde nicht zu erwarten. Die sicherste und beste Hilfe der breiten Masse zur Erreichung angemessener Fleischpreise wird die Selbsthilfe sein. In fast allen Orten sollten die Metzger und Fleischhändler, durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen werden, mit ihren Preisen angemessen herabzugehen. Wenn die übergroße Mehrzahl 1912 bei teuren Preisen und geringem Konsum auskommen konnten, können sie es heute, wo sich, infolge der eingetretenen Verbilligung der Konsum gehoben hat, auch noch. Die gegenwärtige größere Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen wie 1912 ist unberechtigt.

In manchen Orten, wie in Hamm und Ahlen hat die Arbeiterschaft, nachdem die Metzger dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht, oder nur ungenügend weichen wollte, Verträge mit auswärtigen Geschäften abgeschlossen und so die Fleischpreise um 10 bis 15 Pfg. pro Pfund drücken können. Wir erwarten daher von unseren Mitgliedern, daß sie sich überall an einer Aktion gegen die hohen Fleischpreise, wo sie von der christlichen nationalen Arbeiterbewegung eingeleitet wird, lebhaft beteiligen.

## Aus unseren Berufen.

Eine Lohnerhöhung in Graudenz. Auf unsere Eingabe hin, in der wir eine grundsätzliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter wünschen, hat nun das Stadtbauamt eine Lohnerhöhung von 25 bis 30 Pfg. gewährt. Die Kollegen erkennen dieses Vorgehen gern als ein Entgegenkommen an. Erwarten aber bestimmt, daß auch den anderen weitergehenden Vorschlägen Rechnung getragen wird.

Eine neue Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter in Amberg soll nun doch endlich geschaffen werden. Den städtischen Kollegien ist bereits der Entwurf zugegangen. Hoffentlich trifft auf die Arbeitsordnung das Sprichwort zu: „Was lange währt, wird endlich gut. Für die Kollegen heißt es jetzt auf dem Posten sein, damit der Inhalt der neuen Arbeitsordnung auch den lang gehegten, berechtigten Forderungen entspricht und die in unseren Eingaben enthaltenen Vorschläge auch Berücksichtigung finden.

Verzögerungspolitik im Nachener Rathause. „Was lange währt, wird endlich gut.“ Wenn sich dies alte Sprichwort auch im Nachener Rathause als richtig erweist, so dürfen die städt. Arbeiter auf eine zufrieden stellende Erledigung ihrer Lohnregelung hoffen. Schon wieder mal hat man die Beschlußfassung über diese für die Arbeiter so brennende Frage vertagt. Mag man nun Gründe für diese Vertagung angeben, welche man will, jedenfalls können wir den maßgebenden Stellen in Machen den Vorwurf nicht ersparen, daß sie sich durch eine derartige Verzögerungspolitik selbst das Zeugnis sozialer Rückständigkeit ausstellen. Zugleich wollen wir betonen, daß sich die Arbeiterschaft eine derartige Behandlung auf die Dauer nicht bieten läßt.

Als Grund für die Vertagung gibt man an, daß die, durch die Lohnaufbesserung entstehenden Mehrausgaben für die kommenden Jahre noch nicht genügend festgestellt seien. Abgesehen davon, daß man bei andern Gelegenheiten zu weniger dringenden Bewilligungen die notwendigen Erhebungen oft mit viel größerem Eifer betreibt, sind wir auch der Meinung, daß die vorgeschlagenen, geringen Lohnaufbesserungen so dringend notwendig sind, daß sie ohne Rücksicht auf die finanzielle Wirkung endlich durchgeführt werden müssen. Dies geht am besten daraus hervor, daß selbst nach

der Durchführung der vorgeschlagenen Erhöhungen der Löhne diese doch noch 10 bis 15 Prozent hinter den Löhnen einer großen Anzahl von Städten mit denselben Preisverhältnissen wie Machen, zurückbleiben. Uebrigens wurde bis heute auch die Behauptung nicht widerlegt, daß die für die Lohnerhöhungen erforderlichen Summen schon im diesjährigen Etat eingesetzt seien. Warum zögert man also so lange, bis man den Arbeiterwünschen endlich gerecht wird? Oder sollte es doch, wie z. B. in einer Versammlung städt. Arbeiter behauptet wurde, am guten Willen fehlen? Wenn nicht, so bringe man den Beweis dafür, dadurch, daß man berechtigte Wünsche der städt. Arbeiter, die keine finanziellen Opfer erfordern, baldmöglichst erfüllt. Zu diesen Wünschen zählt vor allem die Errichtung von Arbeiterausschüssen. Ueberall hat man mit diesen Einrichtungen gute Erfahrungen gemacht. Was steht also der Erfüllung dieses Wunsches entgegen?

Offentlich kommt man auch im Nachener Rathause bald zu der Einsicht, daß möglichsie Erfüllung berechtigter Wünsche der Arbeiterschaft nur dazu beitragen, deren Arbeitsfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit bei Erfüllung ihrer Dienstpflichten zu heben.

Den städt. Arbeitern aber möchten wir den Rat geben, durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation die Bemühungen der uns befreundeten Vertreter im Stadtverordnetenkollegium in wirksamer Weise zu unterstützen.

## Arbeiterbewegung.

Sozialdemokratische Koalitionsrechts„freunde“. Bekanntlich hat der christliche Nahrungsmittelarbeiterverband über die Biskuitfabrik „Holland“ in Cleve den Boykott verhängt, weil diese Firma das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennt und die Arbeiter sofort entließ, als sie sich dem Verbands angeschlossen. Seit einer Reihe von Wochen geht nun dieser Kampf und ist auch wiederholt in der Presse darüber berichtet worden. Auch eine Reihe sozialdemokratischer Blätter haben — einige wiederholt — natürlich auf ihre Art berichtet. Mit frommen Augenaufschlag betonten dabei sozialdemokratische Blätter, wenn es sich in diesem Kampfe auch nur um christliche Arbeiter handele, so würde von sozialdemokratischer Seite doch darauf hin gearbeitet, daß die Firma ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zuerkenne. So verkünden die Genossen es öffentlich; in der Praxis handeln sie jedoch umgekehrt, wie nachstehender Fall beweist. Bei einer kürzlich zwischen den Vertretern des christlichen Verbandes und der Firma „Holland“ stattgefundenen Verhandlung auf Beilegung des Kampfes — die nebenbei bemerkt, ergebnislos verlief, erklärten die Firmeninhaber bei Darlegung ihres ablehnenden Standpunktes, die Sozialdemokraten ständen auf Seiten der Firma. Auf die Frage, ob sie dafür bestimmte Anhaltspunkte hätten, wurde dies bejaht: ein sozialdemokratischer Konsumverein, der bisher niemals bezogen, habe neuerdings bei der Firma Waren bestellt. Dieser Konsumverein sei sogar in der Nachbarschaft des Sitzes des christlichen Verbandes (Düsseldorf). Die Firmeninhaber bemerkten dabei noch, daß sie gar keinen Wert auf die Kundenschaft sozialdemokratischer Konsumvereine legten, weil sie dann in Abhängigkeit dieser Leute kämen.

Also ein sozialdemokratischer Konsumverein drängt einer Firma seine Kundenschaft auf, bei der christliche Arbeiter einen schweren Kampf ums Koalitionsrecht führen! Der Zweck ist klar: Man wollte, wo es sich um verhasste Christliche handelte, der Firma den Rücken stärken. Und dies nicht

ohne Erfolg. Wie urteilt doch sonst die Sozialdemokratie: „Vorkottbruch ist so gut wie Streikbruch und Streikbruch ist Arbeiterverrat!“

Der 9. Kongreß der freien Gewerkschaften fand in der Woche vom 22.—27. Juni in München statt. Schon die äußere Aufmachung der Ton der Reden, hebt sich vorteilhaft von den Parteitagen der Sozialdemokratie, wo doch zum Teil die nämlichen Leute sitzen, ab. Die ernste Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung, durch die nur eine größere Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Errungenschaften der Kultur verbürgt wird, hat auch die Führer der roten Gewerkschaftsbewegung zu Ansichten und Ueberzeugungen geführt, die mit denen eines strengen Marxisten in sehr starkem Widerspruch stehen.

Die Verhandlungen beschäftigten sich zum Teil mit den nämlichen Fragen, mit denen sich auch der dritte deutsche Arbeiterkongreß, veranstaltet von der christlichen nationalen Arbeiterbewegung, im vergangenen Jahre bereits beschäftigt hatte, wie Stillstand der gesetzlichen Sozialreform, Arbeitswilligenschuß, Lebensmitteleruerung, und Arbeitslosenfürsorge. Bemerkenswert ist hierbei, daß die rote Gewerkschaftsbewegung nunmehr gewillt ist, auch mit bürgerlichen Sozialpolitikern in Zukunft zusammen zu arbeiten. Schwer genug mag es etlichen Leuten geworden sein, sich von der Notwendigkeit dieser Auffassung zu überzeugen, da sich doch die ganze bisherige Erziehung in sozialistischen Gedankengängen hiergegen aufbäumte.

Neues konnten diese Verhandlungen unseren Kollegen nicht bringen, da die nämlichen Fragen doch zum Teil in wirksamere Form auf unserem Kongresse behandelt worden sind. Zwei Fragen waren es, aus denen der Zusammenhang zwischen den roten Gewerkschaften und der politischen Sozialdemokratie ziemlich deutlich hervorging. Massenstreik und Maifeier. In diesen beiden Punkten gehen die Wege der Gewerkschaften und Partei auseinander. In letzterer ist man auf der Suche nach neuen Waffen des Klassenkampfes. Der radikale Flügel innerhalb derselben verlangt nun die Aufnahme des Massenstreiks in das Arsenal der Waffen, von denen sich ein gut Teil heute als verrostet und unbrauchbar erwiesen hat. Die Gewerkschaften aber lehnen dieses Mittel ab, weil die begründete Auffassung besteht, daß ein einziger Massenstreik, von ein paar Tagen mehr niederreißen, wie die Gewerkschaften in 10 Jahren aufbauen können. Auch die Maifeier ist so ein Kräutlein Rühr — mich — nicht an, die man in der Gewerkschaftsbewegung wohl formell unterstützt und gutheißt, aber innerlich von Herzen dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst. Zu einer entschiedenen Stellungnahme konnte der Kongreß aber nicht gelangen. Dafür ist die Abhängigkeit von der Partei und ihr Einfluß auf die rote Gewerkschaftsbewegung zu groß.

Wenig imponierend war auch die Debatte über die Grenzstreitigkeiten der einzelnen Verbände unter einander. Die moderne Entwicklung des Wirtschaftslebens wirft die einzelnen Berufe immer mehr durcheinander, sodas Reibungsflächen zwischen den einzelnen Verbänden nicht ausbleiben können. Diese Erscheinung sehen wir auch in unseren Gewerkschaften. Bei gutem Willen und loyalem Handeln muß aber darüber hinwegzukommen sein. Von besonderem guten Willen mit den eigenen Gesinnungskollegen in Frieden zu leben, zeugte aber das Verhalten der Führer des Transportarbeiterverbandes nicht. Dieser Verband wollte nicht mal die Entscheidung eines selbst eingesetzten Schiedsgerichtes anerkennen. Daß auf dem Kongreß versucht wurde, einen der Schiedsrichter wegen seiner Entscheidung anzugeißen und sich mit ihm auseinander zu setzen, zeugt nicht von einer besonderen Hochachtung vor dem unparteiischen Richteramt. Nun beim Transportarbeiterverbande braucht man sich geradezu über nichts mehr zu wundern. Im großen und ganzen ragte der diesjährige Kongreß in nichts über seine Vorgänger hinaus, wenn auch nicht

verkannt werden soll, daß manche Führer der roten Gewerkschaften allmählich gelernt haben, sich den Verhältnissen nach Möglichkeit anzupassen. Abgesehen von einigen Ausfällen einzelner Redner, die den Kongreß mit einer Mitgliederversammlung verwechselten, ließ man unsere Richtung in Ruhe. Scheint sich demnach auch mit dem Bestehen unserer Bewegung abgefunden zu haben.

## Verbandsnachrichten.

Vom 2. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen, Berlin, Pasing, Starnberg, Dillingen, Lahr in W., Cassel, Dinolfing, Werneck, Barmen, Siegen, Amberg, Schweinfurt, Düsseldorf (Straßenbahner), Freising, Landshut (Gemeinbearbeiter), Straubing, Mülhausen, Weiden, Hannover, Baderborn, Eßlingen, Regensburg (Straßenbahner), Hildesheim, Baden-Dichtental, Mannheim (Gemeinbearbeiter), Eßlingen, Trier, Konstanz, Würzburg (Straßenbahner), Lachen, Ludwigshafen, Birmasens, Laufen, Bonn (Straßenbahner).

Am 29. Juli ist die Frist abgelaufen, bis zu welcher satzungsgemäß die Abrechnung getätigt sein mußte. Wir ersuchen die Ortsgruppenvorstände, die sich noch im Rückstande befinden dringend, die Abrechnung sofort zu tätigen.

In letzter Zeit haben wir wieder für verschiedene Ortsgruppen Strasporto zahlen müssen. Wir bitten dringend, alle Einsendungen genügend zu frankieren.

Bei allen Einsendungen an die Hauptverwaltung bitten wir um volle Angabe der Adresse. Köln, Venloerwall 9. Besonders wichtig sind schon Sendungen, die für uns bestimmt waren, wegen Fehlers der genauen Adresse in andere Hände gelangt und erlitten dadurch erhebliche Verspätungen. Das muß vermieden werden.

Der Zentralvorstand.

## Versammlungskalender.

Hannover jeden 2. Sonnabend im Monat. Nächste am 8. 8. bei Deister, Göttestr. 17.

## Bezirk Bayern.

### Einladung zu den Bezirkskonferenzen

1. Für die nördlich der Donau liegenden Ortsgruppen, am Sonntag, den 9. August, vormittags 10 Uhr, in Nürnberg, im katholischen Gesellenhospiz, Tafelhofstraße 7.

2. Für die südlich der Donau liegenden Ortsgruppen, am Samstag, den 15. August, vormittags 10 Uhr, in München, im Gesellschafterhause Brunnstraße 7.

In beiden Konferenzen lautet die

#### Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Bezirksleiters Koll. F. Weigler-München.
2. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen P. Debenbach Köln über: „Die Aufgaben der Ortsgruppen-Vorstände in der Agitation und Verwaltung“.
3. Verschiedenes.

Die Ortsgruppen sind berechtigt, bei einer Mitgliederzahl bis zu 50 einen, über 50 zwei, und über hundert drei Delegierte zu entsenden. Die Kosten sind von den Ortsklassen zu tragen. Die Delegierten für die Konferenz in Nürnberg sind dem dem Unterzeichneten bis längstens 3. August, für die Konferenz in München bis spätestens 10. August, mitzuteilen.

Mit kollegialem Gruß!

Franz Weigler, Bezirksleiter.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;  
Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.  
Druck: Köln-Ghrenfelder-Handelldruckerei, Marsstr. 9.